




Bettina Herlitzius


Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Raum 3 601

 (030) 227 – 71012


 (030) 227 – 76012


 bettina.herlitzius@bundestag.de


Absender dieses Schreibens:

Wahlkreisbüro

Franzstr. 34
52064 Aachen

 (0241) 450 32 011

 (0241) 450 06 793

 bettina.herlitzius@wk.bundestag.de

Aachen, 01.07.2010

Offener Brief an:

den Städteregionsrat der Städteregion Aachen
den Oberbürgermeister der Stadt Aachen
die Bürgermeister der Städte und Gemeinden der
Städteregion Aachen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Anfang Juni stellte die Bundesregierung offiziell ihr Sparpaket der Öffentlichkeit vor. Nachdem es zuerst so schien als seien die Kommunen nicht direkt betroffen, offenbarte Minister Ramsauer in der letzten Woche die ganze Tragweite der Einsparungen in seinem Ressort. Die Städtebauförderung des Bundes soll um 305 Mio. Euro auf die Hälfte zurückgefahren werden, während im Bereich der energetischen Gebäudesanierung sogar Kürzungen auf 450 Mio. Euro vorgesehen sind. (*siehe Anlage 1*)

Diese Pläne werden sich auch auf die Städte und Gemeinden der Städteregion auswirken. Die angekündigte Mittelkürzung um 305 Mio. Euro wird weit höher ausfallen, weil die Städtebauförderung in der Regel in gleichen Teilen durch Länder und Kommunen mitfinanziert wird. In Zeiten stark gebeutelter Kommunalfinzen stellt die Städtebauförderung eine der wichtigsten Möglichkeiten zur Stadtplanung dar. Wenn nun aber durch die Sparpläne der Bundesregierung sogar bereits bewilligte Projekte gekürzt werden oder zur Disposition stehen, verlieren die Verantwortlichen vor Ort jegliche Planungssicherheit. Tatsächlich droht dem allergrößten Teil der Maßnahmen ein jähes Ende.

Die Städtebauförderung des Bundes ist zur Lösung drängender Zukunftsprobleme in unseren Städten unverzichtbar. Lösungen für Herausforderungen wie Städtumbau im demografischen Wandel, Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel, Sicherung des sozialen Zusammenhaltes in Städten, der Wiederbelebung verödeter Innenstädte sowie des Denkmalschutzes können nicht allein an Länder und Kommunen delegiert werden. Die mögliche Aussetzung oder Verzögerung von Sanierungs- und Städtebaumaßnahmen wird die voranschreitende soziale Segregation besonders in Vierteln mit besonderem Erneuerungsbedarf noch verschärfen. Ein zu erwartender Sanierungsstau würde insbesondere die Sozialschwachen in unserer Gesellschaft treffen. Hier muss der Bund koordinieren und anschieben, damit Länder und Kommunen die Legitimation und Möglichkeit haben, regionale und lokale Lösungen zu finden.

Zudem ist die arbeitsmarkt-, struktur- und konjunkturpolitische Wirkung und die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung der Städtebauförderung bekannt. Sie stößt öffentliche und private Investitionen an und wirkt als effektives, vor allem lokales und regionales Konjunkturprogramm mit hohen branchenübergreifenden Multiplikatoreffekten.



Bettina Herlitzius

Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 2 von 2 Seiten

Die Kürzung der Förderung der energetischen Gebäudesanierung wird ebenfalls gravierende Auswirkungen in unserer Region haben. Im Jahr 2009 wurden alleine im Gebiet des ehemaligen Kreises Aachen 1.353 Wohneinheiten mit Hilfe der KfW saniert. Deutschlandweit wurden mit Bundesfördermitteln in Höhe von 2,2 Mrd. Euro über Kredite und Zuschüsse der KfW Investitionen von rd. 18 Mrd. Euro im Bereich der energetischen Sanierung generiert.

Demnach zogen die Investitionen alleine Mehrwertsteuereinnahmen in Höhe von 3,42 Mrd. Euro nach sich. Abzüglich der 2,2 Mrd. Fördermittel bedeutet dies zusätzliche Steuereinnahmen von 1,42 Mrd. Euro. Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der KfW ist ein wichtiges Instrument um die Klimaschutzziele zu erreichen, gleichzeitig werden durch einen Euro Förderung 9 Euro Investitionen ausgelöst und ca. 300.000 Arbeitsplätze gesichert. Die im Rahmen des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms in 2009 geförderten Baumaßnahmen haben darüber hinaus alleine zu CO₂-Einsparungen von 1,5 Mrd. t pro Jahr geführt.

Kürzungen bei der Städtebauförderung und beim CO₂-Gebäudesanierungsprogramm würden letztlich zu Mehrbelastungen im Bundeshaushalt führen, anstatt zu tatsächlichen finanziellen Einsparungen beizutragen. Selbstverständlich ist der grundsätzliche Wille der Regierung zur Haushaltskonsolidierung zu begrüßen und auch die Tatsache, dass sich das Ministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung den Sparzwängen nicht entziehen kann, steht außer Frage, aber die Pläne der Regierung setzen an der falschen Stelle an. Die detaillierten Sparvorschläge der Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen für den Bereich Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sind diesem Brief als Anhang beigelegt. (*Anlage 2*)

Angesichts der drohenden katastrophalen Auswirkungen des Sparpaketes der Bundesregierung auf die soziale, strukturelle und finanzielle Entwicklung der Kommunen bitte ich Sie, Ihre Einwände gegenüber der Bundesregierung bzw. dem Ministerium zum Ausdruck zu bringen. Es kann und darf nicht sein, dass den Kommunen durch das Sparpaket erneut Schaden zugefügt wird!

Mit freundlichen Grüßen

Bettina Herlitzius